

Kulturelles Wort
Redaktion: Ulrich Kühn

Sendung am: 10.04.2021
13.05 – 13.15 Uhr

GEDANKEN ZUR ZEIT

Die Rückkehr des Freund-Feind-Denkens
oder: Die Rhetorik der Antidemokraten
Von Albrecht von Lucke

An- und Abmoderation: Ulrich Kühn
Manuskript und Sprechen: Albrecht von Lucke

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

NDRkultur

**GEDANKEN
ZUR ZEIT**

sonnabends
13.05 – 13.15 Uhr

Telefon:
0511 / 988-2321

Anmoderation:

Spätestens mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus hat die politische Landschaft eine rhetorische Aufrüstung erlebt. Der rechte Flügel der AfD etwa macht sogenannte "Feindzeugen" aus, die, wie es weiter heißt, angeblichen "Volksverrättern" in die Hände spielen sollen. Fast scheint es, als kehre das Freund-Feind-Denken im Geiste des hoch umstrittenen Staatsrechtlers Carl Schmitt zurück. Ebendeshalb spielen aber auch diejenigen den Demokratie-Gegnern in die Hände, die sich auf der anderen Seite des Spektrums deren Rhetorik zu eigen machen – und etwa die AfD als "Feind" bezeichnen. Rhetorische Abrüstung täte gut, meint der Publizist und Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke, Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik.

Beitrag:

Am vergangenen Sonntag war es wieder soweit: Erneut zogen Tausende sogenannter Querdenkerinnen und Querdenker durch die Straßen von Stuttgart, bewehrt mit Plakaten, auf denen der bayerische Ministerpräsident Markus Söder als „Södolf“ und „Nazi-Bazi“ bezeichnet wird. Und natürlich konnten auch die Schilder mit der angeblichen Kanzler-Diktatorin Angela Merkel nicht fehlen.

Damit schließen die Querdenker an jene gefährliche Tradition an, die mit dem Aufstieg von Pegida begann, den selbsternannten Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes. Zur Verteidigung der eigenen, angeblich christlichen Identität wird hier wieder in den Kategorien von Freund und Feind gedacht. Dagegen war es der alten Bundesrepublik gelungen, in einem Prozess der allmählichen Zivilisierung jenes alte Denken gerade zu überwinden. War nach dem Ende des Nationalsozialismus die Adenauer-Republik noch ganz im Freund-Feind-Denken des Antikommunismus befangen, begann sich dieses mit der in den 1960er Jahren einsetzenden Liberalisierung des Landes mehr und mehr aufzulösen.

50 Jahre später, seit dem Aufstieg des Rechtspopulismus und verstärkt seit Beginn der großen Flucht von 2015, erlebt die Republik eine hochgefährliche rhetorische Aufrüstung. Sie richtet sich gegen Migranten und angeblich Andersartige, aber auch gegen Politikerinnen und Politiker. Diese werden regelmäßig als Volksverräter diffamiert und gebrandmarkt. Hier das gute Volk, dort die bösen Politiker, ist die Devise der Populisten. Der rechtsradikale Flügel der AfD macht inzwischen sogar sogenannte „Feindzeugen“ in den eigenen Reihen aus, die den verhassten „Systemparteien“ angeblich in die Hände spielen.

Damit ist das alte Freund-Feind-Denken der konservativen Revolution der 1920er Jahre wieder mitten im deutschen Politikbetrieb angekommen.

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind“, heißt der Schlüsselsatz in Carl Schmitts Aufsatz „Der Begriff des Politischen“ aus dem Jahr 1927. Darin definiert der spätere Kronjurist des Dritten Reichs das Politische dezidiert von Polemos, dem Kriege, her. Das bedeutet, dass die eigentliche politische Auseinandersetzung im Ergebnis immer auf Leben und Tod geführt wird.

Dabei handelt es sich um einen fundamentalen Bruch mit der gesamten demokratischen Tradition.

Diese dachte seit der griechischen Antike Politik stets von der Polis her, also von der kommunikativen Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich ist das Freund-Feind-Denken aber auch ein Bruch mit der Leitkultur der Bundesrepublik, dem Grundgesetz.

Dessen wesentliche Errungenschaft bestand, wie es einst Jürgen Habermas ausdrückte, gerade in der bewussten Abkehr von der deutschen Tradition von Heinrich von Treitschke bis Carl Schmitt – nämlich gerade in der Abschaffung des Freund-Feind-Gegensatzes.

Anders als noch in der gescheiterten Weimarer Republik, in der sich Weltanschauungsparteien mit absolutem Wahrheitsanspruch bis aufs Messer bekriegten, kennt das Grundgesetz Parteien nur als Gegner und Konkurrenten im friedlichen politischen Wettstreit. Solange das Verfassungsgericht nicht eine Partei verbietet, steht sie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. So will es das Parteienprivileg, da Parteien schlechthin konstituierend für die parlamentarische Demokratie sind.

Als Lehre aus der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft setzte sich die Ansicht durch, dass ein politischer Konflikt niemals mehr bis zur physischen Vernichtung des Gegners ausgetragen werden darf. „Der Frieden ist der Ernstfall“, lautet denn auch der wohl bekannteste Satz des vormaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann.

Doch im Zeichen von Corona dringt auch das Virus des Freund-Feind-Denkens immer weiter vor. In den sozialen Medien, etwa beim unter Verschwörungsideologen beliebten Messenger-Dienst Telegram, wird inzwischen offen vom Bürgerkrieg und von Kriegsgerichten fantasiert und dazu aufgerufen, Journalisten, Politiker und Wissenschaftler zu ermorden. Und mit den rechtsradikalen Morden des NSU und von Hanau wie mit der Erschießung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat das rechte Freund-Feind-Denken längst wieder Todesopfer erzeugt.

Auf der anderen Seite hat die Radikalisierung von rechts auch massive Reaktionen der Minderheiten und Marginalisierten hervorgerufen. Mit Bewegungen wie „MeToo“ oder „Black Lives Matter“ begehren diejenigen auf, die seit langem der Diskriminierung oder Unterdrückung ausgesetzt sind. So machen etwa People of Color darauf aufmerksam, dass es latenten oder systemischen weißen Rassismus gibt, der den Menschen keineswegs immer bewusst, aber doch zutiefst ansozialisiert ist.

„Weiße Identität ist inhärent rassistisch“: So lautet die Kernthese der amerikanischen Soziologin und antirassistischen Vordenkerin Robin DiAngelo. Gemeint ist ein internalisiertes weißes Überlegenheits-Gefühl, das für die eigenen Privilegien blind macht, ohne dass man es selbst überhaupt merkt.

Fatalerweise kommt es bei dieser Art der reaktiven linken Identitätspolitik zum Zwecke der Selbstbehauptung von Minderheiten allerdings ebenfalls zu problematischen Kollektivierungen – und damit im schlimmsten Falle zu einem wechselseitigen Freund-Feind-Denken.

Wenn etwa linke Protagonisten von „weißen alten Männern“ sprechen, soll es ihnen eigentlich dezidiert nicht um eine biologische, sondern um eine rein analytische, deskriptive Kategorie gehen. Der Begriff der weißen Männer dient als „Marker“ einer real existierenden Dominanzstruktur. Das Problem ist allerdings, dass die Kategorie des „weißen alten Mannes“ sehr leicht als essentialistische und zugleich normative abwertende Kategorie verstanden werden kann – und dies auch wird, und zwar sowohl von denen, die sie gebrauchen, als auch von denen, die von ihr bezeichnet werden.

Der Mensch wird dann nicht mehr als Bürger gedacht, sondern primär als Weißer oder Schwarzer, als Frau oder Mann – und damit auf einzelne Eigenschaften reduziert, ohne dass er in seiner Gesamtheit und Komplexität gedacht würde. Zugleich wird das vielleicht Wichtigste verdrängt und negiert: dass jeder Mensch ein hybrides Wesen ist, also immer gleichzeitig aus verschiedenen Eigenschaften und Einstellungen besteht, die sich im Laufe des Lebens erheblich verändern können. Der Mensch in seinem Widerspruch ist also gerade nicht nur die eine Identität. Er setzt sich aus ganz verschiedenen Anteilen oder Rollen zusammen, die aber in der Zuschreibung auf eine Identität zum Verschwinden gebracht werden.

Beiden Denkrichtungen, der rechtsradikalen wie der missverstandenen linken, ist in dieser Hinsicht eine manichäische Weltsicht zu eigen, die stark nach gut und böse unterscheidet. Im Ergebnis droht ein fataler Kulturkampf. So wie die Rechtsradikalen ihre Zugehörigkeit an Religion und Ethnie festmachen, und beispielsweise von nicht Abstammungsdeutschen als bloßen „Passdeutschen“ sprechen, so droht auch von links nur noch auf Geschlecht und Hautfarbe abgestellt zu werden.

Im schlimmsten Fall zählt in beiden Richtungen am Ende nicht mehr das, was einer sagt – also das bessere Argument in der Tradition der Aufklärung –, sondern allein, wer etwas sagt. Weiße Mehrheitsgesellschaft und nicht-weiße Minderheitsgemeinschaften drohen sich so in ihrem Schwarz-Weiß-Denken wechselseitig hochzuschaukeln. In diesem Sinne trifft die Beobachtung Carl Schmitts durchaus zu, dass das Politische, denkt man es als Freund-Feind-Beziehung, kein eigenes Sachgebiet markiert, sondern vielmehr den Intensitätsgrad einer Beziehung zwischen verschiedenen Kräften. Dann kann es sich genauso gut als Wirtschaftskrieg wie als unerbittlicher Kulturkampf abspielen.

Genau das erleben wir heute – zur Freude der Rechtsradikalen: Steve Bannon, Trumps ehemaliger Chefstrategie, wünscht sich nichts sehnlicher als eine Linke, die jeden Tag über Rasse und Identität spricht und gerade nicht über die real existierenden Klassen- und Interessenunterschiede. Denn mit einer derartigen Identitätspolitik spielt die Linke den rechten Vorstellungen von homogenen Gruppen letztlich in die Hände.

In derartigen Kollektividentitäten zu denken widerspricht jedoch fundamental der Idee unserer Demokratie. Erstens steht in dieser stets das einzelne Individuum als Bürgerin oder Bürger im Mittelpunkt. Und zweitens bestand die politische Errungenschaft gerade darin, dass alle Auseinandersetzungen entlang unterschiedlicher Interessen geführt werden, normalerweise entlang der Links-Rechts-Achse. Und gerade nicht als existenzialistische Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Identitäten.

Insofern ist es ein erstaunliches, aber keinesfalls zufälliges Phänomen, dass in dem Maße, in dem die inhaltliche Differenz insbesondere zwischen den Volksparteien abgenommen hat, die Unterscheidung aufgrund der kulturellen Identität stark zunimmt. Offensichtlich wird die einstige primär interessengeleitete Auseinandersetzung zwischen Linken und Rechten durch den Freund-Feind-Gegensatz

im Sinne Carl Schmitts zunehmend ersetzt. Genau das ist aber die Gefahr: Wenn die politische Gegnerschaft zwischen Links und Rechts mangels politischer Alternativen wegfällt, ziehen sich alle in ihre partikularistischen, teils sogar tribalistischen Identitäten zurück und verhelfen so dem alten Freund-Feind-Gegensatz wieder zum Durchbruch.

Insofern kommt es gerade in einem Superwahljahr auf zweierlei an: erstens rhetorisch abzurüsten und die Demokratie wieder als Konflikt zwischen Gegnern und nicht als Feinden zu begreifen. Und zweitens darauf, echte politische Alternativen anzubieten. Denn gegen die Unversöhnlichkeit und Unbedingtheit scheinbar unvereinbarer Identitäten hilft am Ende nur eins: der harte inhaltliche politische Konflikt im Wettstreit der Parteien – bei gleichzeitiger Akzeptanz des anschließend notwendigen Kompromisses bei der Regierungsbildung.